Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten (abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal) 2 Mk. 60 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk., bei 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Die den Lesern von Dresden und Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugeteilt. Nachdruck aller Artikel und Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Rechtsansprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38/40.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | **Dreiring-Cacao.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pfg., Familiennachrichten 20 Pfg.; Geschäftsanzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg.; als Eingesandt 2spaltige Zeile von Dresdner Auftraggebern 75 Pfg., von auswärtigen 1 Mk. Zu Nummern nach Sonn- und Feiertagen: 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile als Eingesandt von Dresdner Auftraggebern 1 Mk., von auswärtigen 1,50 Mk., Familiennachrichten Grundzeile 25 Pfg. — Die Preise der Inserate sind im Morgen- und Abendblatte dieselben. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Kunst-Salon von Emil Richter
Prager Strasse Prager Strasse
Hochzeits- Geschenke
Geschmackvoll. * Künstlerisch. * Preiswert.

Kios-Jacca-Dubec
Aromatische 3 Pfg. Cigarette
Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios" o E. Robert Böhme, Dresden.

Während der Ferien:
Prüfung der Licht- u. Klingelleitungen
Auffrischen von Kronleuchtern
und dergleichen.
Ebeling & Croener, Bankstr. 11, Dresden.

Heuschnupfen. „Rhinosol", reizloses Nebennierenpräparat in prakt. Taschentropfglas, Mk. 2.—. „Renoform", desgl. nach Dr. v. Borosini, Mk. 4.—. „Pollantin", spezifisches Heilserum nach Prof. Dr. Dunbar, flüssig Mk. 5.—, Pulver Mk. 6.—. „Graminol", desgl. nach Dr. Weichardt, Mk. 4.—. Broschüren u. Literat. gratis. Versand nach auswärts als Doppelbrief.
Löwen-Apotheke DRESDEN.

Nr. 161. Spiegel: Preußischer Landtag. Aerztliche Kunde, Ferensonderzüge, Gerichtsverhandlungen. Ungarische Krisis. Französische Winzerbewegung. Kaiserjängerfesthalle. | Mutmaßliche Witterung: Veränderlich, Gewitterneigung. | **Mittwoch, 12. Juni 1907.**

Die preußische Landtagssession.

Wie der äußere Gang der diesjährigen Verhandlungen des preußischen Landtages durch die Neuwahlen zum Reichstage beeinflußt wurde, indem beide Häuser ihre am 8. Januar begonnene Tagung bereits nach wenigen Sitzungen bis nach Erledigung der Stichwahlen unterbrachen, schufen eben diese Wahlen ein neues und eigenartiges inneres Verhältnis zwischen dem Reichstage und der parlamentarischen Vertretung des führenden Bundesstaates. Sonst war man gewöhnt, den Mehrheits-Verhältnissen, die dem Palais an der Prinz Albrecht-Straße das Gepräge geben, in dem Hause am Königsplatze wieder zu begegnen, und, entsprechend der Stellung, welche Preußen im Reiche und im Reigen der deutschen Staaten einnimmt, übertrug sich gewissermaßen die im Dreiklassen-Parlament herrschende politische Richtung in den wichtigsten staatlichen und wirtschaftlichen Fragen auf das aus allgemeinen und gleichen Wahlen hervorgegangene Haus der Reichsboten. Das wurde mit einem Schlage anders, als aus den Reichstagswahlen eine konservativ-liberale Mehrheit hervorging, die sich in entschiedenen Gegensatz zum Zentrum stellte, die sogar ihre Existenz in erster Linie dem gemeinsamen Kampfe gegen das Zentrum verdankte. An die Stelle der gestörten Harmonie trat nun so etwas wie ein „interessanter Zustand", dessen Natur und weitere Entwicklung mit Spannung beobachtet wurde. Er verschaffte den Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses, in dem die Sozialdemokratie gar nicht, der im Reiche an die Seite des Konservatismus berufene Freisinn in einer schwachen Minderheit vertreten ist, ein ungewöhnliches, wohl überall im Reiche geteiltes Interesse, ein Interesse freilich, das für die beiden im Wahlkampfe unterlegenen Parteien gleichbedeutend war mit Spott und Schadenfreude. Jeder Mißerfolg der beiden freisinnigen Fraktionen im preußischen Abgeordnetenhause, früher mit Rücksicht auf die Zusammensetzung der Kammer, und mit Recht, als selbstverständlich betrachtet, wurde jetzt als „evidenter" Beweis für die Unbeständigkeit, ja Unmöglichkeit der konservativ-liberalen Paarung hingestellt, jedes Zusammengehen der beiden konservativen Fraktionen mit dem Zentrum, gleichfalls eine hergebrachte, gewissermaßen durch die Tradition und durch gemeinsame Interessen und Leistungen bedingte Uebung, wurde als Erschütterung, als Verhöhnung des nationalen Blocks freudig begrüßt von denen, die diesen Block als einen Pfahl im Fleische empfinden, weil er ihnen den politischen Einfluß genommen hat. Leider verfielen zum Teil auch Organe der zum Block gehörigen Linken in diese Manier, wenn ihnen bei der Abwicklung der parlamentarischen Geschäfte etwas wider den parteipolitischen Strich ging.

Es handelt sich hier um Uebertreibungen, um voreilige oder tendenziöse Schlüsse, bei denen meist der Wunsch des Gedankens Vater ist, und die tatsächlichen Verhältnisse nicht berücksichtigt werden. Man muß bedenken, daß ein in seinen Absichten und Wirkungen durchaus verschiedenes Wahlrecht die Abgeordneten zum Reichstage und zum preußischen Landtage beruft. Grundverschieden sind in beiden Parlamenten die Parteiverhältnisse, und zwar so sehr verschieden, daß gerade für die bisherigen Mehrheitsparteien, für die konservativen Fraktionen und das Zentrum, ein wesentlicher Unterschied insofern besteht, als in Preußen eben nur preußische Konservative und preußische Zentrums-Abgeordnete, im Reichstage aber auch sächsische und süddeutsche Konservative und, was das Zentrum angeht, auch bayerische Demokraten, Welfen und Elsässer Sitz und Stimme haben. Verschieden sind endlich und müssen demnach sein Charakter und Aufgabe der beiden Körperschaften. Die übergroße Mehrheit des preußischen Landtages macht nach wie vor und vielleicht jetzt noch mehr als früher mit vollem Bewußtsein und in voller Absicht Front gegen gewisse destruktive Tendenzen auf politischem, finanzwirtschaftlichem und sozialem Gebiete, die im Reiche an der Tagesordnung und, wie es scheint, stark im Zunehmen begriffen sind.

Eine Gelegenheit, diesen Standpunkt ausdrücklich und nachdrücklichst in finanzpolitischer Hinsicht zu vertreten, bot sich in bemerkenswerter Weise bei der Verhandlung über den Nachtragsetat, durch den, wie ihn der Landtag schließlich gestaltet hat, den Unterbeamten und den geringst besoldeten mittleren Beamten in Preußen Teuerungszulagen ähnlich den vom Reichstage bewilligten gewährt werden. Unter lebhafter Zustimmung der Konservativen, des Zentrums, der Nationalliberalen, ja sogar eines Teiles der Freisinnigen erklärte bei dieser Gelegenheit der preußische Finanzminister von Rheinbaben, daß Preußen eine Finanzwirtschaft, wie sie im Reiche getrieben werde, nicht mitmachen könne und nicht mitmachen wolle. In Preußen ist es feststehender Brauch, daß Ausgaben nur dann bewilligt werden, wenn für Deckung gesorgt ist, und zwar ohne daß zu dem bequemen Auskunftsmittel der Anleihe gegriffen wird, und weiter hält Preußen an der vernünftigen und bewährten Praxis fest, daß die lebende Generation diejenigen Lasten auf sich zu nehmen hat, die sie nach Recht und Billigkeit tragen muß, daß sie aber nicht den Nachkommenden, die vielleicht noch viel schwerere Aufgaben zu bewältigen haben, ein drückendes, lästig empfundenes Erbe hinterlassen soll. Wenn dieser von der Mehrheit des Hauses gebilligte grundsätzliche Standpunkt schließlich in einem auch von der Regierung akzeptierten konservativ-ultramontanen Kompromißantrage zur Frage der Beamtenfürsorge seinen Ausdruck fand, so kann eine unbefangene Beurteilung in der Tatsache des Zusammengehens der preußischen Konservativen mit dem Zentrum unter den obwaltenden Umständen jedenfalls nichts Bedenkliches finden, und die Befürchtungen, die aus diesem Anlaß ein freisinniges Blatt äußert, das darin sogar ein Anzeichen für eine Erschütterung der Stellung des Fürsten Bülow erblicken will, müssen als gänzlich unbegründet und als geflissentliche parteipolitische Gespensterseherei bezeichnet werden. In dem einfachen und klaren Hergange der Dinge liegt jedenfalls keine Notwendigkeit zu derlei Kombinationen und Befürchtungen, und das um so weniger, als im Endresultat, nur in etwas vermindertem Umfange, durch den Kompromißantrag gerade das erreicht worden ist, was der an sich dankenswerte ursprüngliche Freisinnsantrag bezweckte: daß für die mittleren Beamten in Preußen ebenfalls etwas getan wurde.

Ein Ueberblick über die Tätigkeit und die Arbeitsleistung des verflossenen preußischen Landtages ergibt, daß auch in dieser Session wieder in ruhiger, tüchtiger Arbeit zahlreiche Beschlüsse gefaßt wurden, deren Inhalt und Absicht als weitausschauende staatliche und soziale Fürsorge charakterisiert werden können. Die erste Reihe dieser Maßnahmen wird durch neue Bürgschaften einer soliden Finanz- und Staatswirtschaft eröffnet. In Gemäßheit der ausschlaggebenden Rolle, die den Einnahmen aus den Eisenbahnen im Rahmen der allgemeinen Staatsausgaben zufällt, galt es, den Bestand an stehenden Anlagen und rollendem Material den wachsenden Anforderungen entsprechend zu erweitern. Die Mittel dazu wurden bewilligt resp. die für diesen Zweck bereits ausgegebenen Summen nachträglich genehmigt. Hier erschien ein energisches Zugreifen um so notwendiger, als die Mehrüberschüsse ständig zurückgegangen sind, wie überhaupt die Mehrerträge der Betriebsverwaltungen, weil die Ausgaben stärker steigen als die Einnahmen, fortlaufend abgenommen haben. Die Novelle zum Berggesetz will die Gefahr eines Privatmonopols für die Kohlengewinnung beseitigen, die Macht der Syndikate sachgemäß einschränken, deshalb durch erweiterten Staatsbetrieb auf diesem Gebiete indirekten Einfluß auf die Geschäftsführung der Syndikate und damit auf die Preisbildung gewinnen. Selbstverständlich bleiben dabei Besitzstand und Eigentumsrecht in weitestem Umfange gewahrt; die einschränkenden Bestimmungen betreffen nur die größeren Teufen noch nicht vergebener Kohlenfelder. In derselben Richtung bewegt sich die Bereitstellung von Mitteln zum Grunderwerb von Wasserstraßen. Insgesamt wurden, um einer ungesunden Bodenspekulation längs den neu zu bauenden Wasserstraßen vorzubeugen, rund 20 Millionen Mark bewilligt, und zwar weitere 16 Millionen für den Rhein-Weser-Kanal, 2 Millionen für den Großschiffahrtsweg Berlin—Stettin und 2 Millionen für die Wasserstraße der kanalisierten Lippe. Eine wesentliche Erhöhung der Einkommensteuer — man nimmt an, um 20 Prozent des bisherigen Satzes — wurde seitens der Staatsregierung in Verbindung mit neuen, erheblichen Belastungen des Staatshaushalts schon für 1908 angekündigt und von der großen Mehrheit des Landtags im Interesse der Erhaltung einer soliden Finanzwirtschaft als notwendig anerkannt.

Zu einer kräftigen, positiven Mittelstandspolitik hat sich unter lebhaftem Beifall beider Häuser des Landtages der Handelsminister Delbrück bekannt, indem er zugleich auf die Mißstände im Gebiete des Koalitionswesens hinwies und den Standpunkt wahrer Koalitionsfreiheit rechtfertigte. Praktische und sehr wertvolle Beweise dieser Mittelstandspolitik hat bereits der Beamtenstand erhalten. Ueberdies ist, unabhängig von den jetzigen Zuwendungen, eine durchgreifende Reform der Gehälter der Beamten, Geistlichen und Lehrer, zum Teil an den Wohnungsgeldzuschuß anknüpfend und die familiären Verhältnisse berücksichtigend, für 1908 bestimmt zugesagt. Der ländlichen Bevölkerung, die vielleicht einmal auf eine minder günstige Zoll- und Handelspolitik als jetzt gefaßt sein muß, will der neue Landwirtschaftsminister von Arnim durch Beseitigung der Ueberschuldung des Grundbesitzes, Seßhaftmachung ländlicher Arbeiter, noch wirksameren Seuchenschutz aufhelfen. Unmittelbar sozialen Zwecken unter den Landarmen will das Wanderarbeitsstättengesetz dienen, das auf dem Gebiete der Fürsorge für die Wanderarmen die Befugnisse der Provinzen gegenüber den Kreisen erhöht. Das allgemeine Interesse sollen fördern das Gesetz gegen Verunstaltung von Ortschaften und Landschaften, das dem Vorgange der schweizerischen Heimatschutzbewegung folgt, sodann die bevorstehende Aenderung der Justizorganisation und des Vereinsrechts. Im Gebiete der Unterrichts-Verwaltung hat es heftige Zusammenstöße zwischen den Nationalliberalen und dem Kultusminister, aber keine Milderung der in der Schulaufsichts-, Lehrerbildungs-, Lehrstuhlbesetzungs-Frage herrschenden Gegensätze gegeben. Die Unterrichtsverwaltung, deren Etaterträge innerhalb des letzten Jahrzehnts von 129 auf 201 Millionen Mark gestiegen sind, hat auch im polnischen Schulstreit den Sieg behalten und weiter die verdienstliche Aufgabe einer Vereinheitlichung der Stenographie mit größerer Entschiedenheit in Angriff genommen. Endlich hat sich in der abgeschlossenen Session Uebereinstimmung dahin ergeben, daß die Ostmarkenpolitik, sei es durch Neuauffüllung der Fonds der Ansiedlungskommission, sei es durch Erlaß eines Enteignungsgesetzes energisch fortgeführt werden muß.

Dies in großen Zügen Inhalt und Ergebnis der Verhandlungen der jetzt geschlossenen preußischen Landtagssession. Bei unbefangener Würdigung der Art und Fülle des Geleisteten wird man anerkennen müssen, daß das preußische Parlament nicht bloß mit Fleiß gearbeitet hat, sondern auch erfolgreich bemüht gewesen ist, das Staatswohl und die Interessen der Allgemeinheit zu fördern.

Hidrol! Bestes Mittel gegen Schweissbeseitigung. — Erfrischt und stärkt die Haut. — 1 Orig.-Flasche 50 Pfg. Zu haben in Apotheken, Drogerien, Parfümerien. Friedrich & Glöckner, Breslau u. Lopitz.

Neueste Drahtmeldungen vom 11. Juni.

Zur Lage in Rußland.

Petersburg. Die Reichsduma beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung mit der ersten Lesung des Gesetzentwurfes über die lokale Gerichtsbarkeit. Die Debatte beschränkte sich auf juristische Fragen; insbesondere gelangte die Frage der Anwendung des Gewohnheitsrechtes und des positiven Rechtes bei den Ortsgerichten zur Erörterung.

Petersburg. Privatdepeschen der Bauernagrarbank zufolge erfassen die Agrar-Unruhen im Gouvernement Twer immer weitere Güter. Niederbrennen von Wirtschaftsgebäuden und Zusammenstöße von Bauern mit der Polizei sind an der Tagesordnung. Die Gutsbesitzer fliehen in die Stadt.

Petersburg. Die Kommission der Reichsduma für innere Angelegenheiten hat den sozialrevolutionären Abgeordneten Kusnezoff, der vor kurzem sein Erscheinen vor dem Untersuchungsrichter verweigert hatte, aufgefordert, sein Mandat innerhalb 14 Tagen niederzulegen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Pariser „Revue" hatte über einen von Witte an Kaiser Wilhelm gerichteten geheimen Rapport berichtet. Dieser Rapport sollte angeblich bezwecken, Witte bei Kaiser Wilhelm, der ihm wiederholt Beweise seiner persönlichen Gunst gegeben hatte, zu diskreditieren. Graf Witte veröffentlicht nun folgende Zuschrift in der „Nowoje Wremja": Ich bin davon überzeugt, daß die erste Quelle dieses von schamlosen Lügen wimmelnden Geheimberichts keine deutsche, sondern eine russische ist. Ebensowenig zweifle ich daran, daß, sollte dieser Bericht jemals dem Deutschen Kaiser vor die Augen gekommen sein, er ihn mit Verachtung gegen seine Quelle beiseite gelegt haben würde, denn auch nutzbringende Verräter verachtet man. Soweit man mich als früheren Staatsmann durch solche Ausfälle zwingen will, etwas mitzuteilen, ist es eine ganz vergebliche Mühe, soweit diese unanständigen Angriffe aber gegen mich aus Furcht gerichtet sind, ich könnte irgend jemandem im Wege stehen, so sind sie völlig grundlos. Die Veröffentlichung des genannten Berichts zwingt mich zu der Erklärung, daß ich als einziger Richter meiner Staatstätigkeit nur den russischen Kaiser anerkenne, dem ich bis zum Grabe treu sein werde."

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Pariser „Matin" will aus angeblich guter russischer Quelle erfahren haben, daß Kaiser Wilhelm und der Zar an Bord der russischen Kaiserjacht „Standard" gegen Ende Juni in der Nordsee eine Begegnung haben werden. — Aus Christiania wird der „Voss. Ztg." mitgeteilt: Das norwegische Königspaar tritt Mitte Juli von Drontheim aus eine Küstenreise längs des nördlichen Norwegens an, die sich bis nach Vdjö am Varanger-Fjord erstreckt. Wie ein Blatt zu